

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Oktober 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 125.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Einfluß und Erfolg (Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911). — Den „neuen“ Freunden zur Antwort.

Gewerkschaftsreport: Aus den statistischen Feststellungen der Generalkommission. — Die Organisationen der polygraphischen Gewerbe. — Der Kampf gegen die süddeutschen Eisenbahner.

Korrespondenzen: Brandenburg. — Rdn. — Landsbut. — Neubabelsberg (Se. Rt.). — Eisenach a. M. (Schn.). — Waidenburg i. Schl. (M. M.). — Weldon (Oeyer). — Wittenberg.

Kundschau: Zur Berechtigung fälschlicher Druckarbeiten. — Wann wird ein Lehrling Weiche? — Schiffsauslösung. — Meistersprüfung. — Ungeordnete Vermählung der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft. — Strengere Kontrolle der Gewerkschaften. — Tarifverträge im Handwerk. — Statistische Nachweise über die Sterblichkeit der Unternehmer und der Arbeiter. — Politische Scharnhocherei gegen die „Wolfsfürsorge“. — Die Pfändungsgrenze und Doktor Alexander Zille. — Eigenartige Bekämpfung der Feuerung.

Einfluß und Erfolg.

(Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.)

Wom „Korrespondenzblatte der Generalkommission“ ist als weitere der üblichen Jahresstatistiken die wichtige über den positiven gewerkschaftlichen Erfolg erschienen. Wir entnehmen in aller Kürze daraus das Wesentlichste und gedenken damit unsern Kollegen das Lesen wie das richtige Beurteilen zu erleichtern.

Daß die Arbeiter keineswegs geneigt sind, sofort und in allen Fällen zum Streik zu greifen, wird durch die von der Generalkommission bearbeiteten Streikstatistiken der Zentralverbände unzweifelhaft erwiesen. Seit dem Jahre 1905 ist diese Statistik auch ausgebeutet auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, und da zeigt es sich nun, daß gerade der Anteil dieser Bewegungen an den gesamten wirtschaftlichen Kämpfen sich ständig, von 56,1 Proz. im Jahre 1905 bis zu 69,9 Proz. im Jahre 1911, gesteigert hat. In erster Linie ist diese Erscheinung zurückzuführen auf die zunehmende Macht der Organisationen, und sie zeugt davon, daß die Arbeiterschaft diese Macht nicht dazu benutzte, um nur Streiks zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen. Damit wird der alten bewährten Taktik der Buchdrucker immer wieder beigegeben.

In Jahre 1911 wurden insgesamt 9870 Bewegungen geführt, an denen 1011669 Personen beteiligt waren. Davon endeten 6756 = 69,9 Proz. mit 686416 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, während es in 2014 Fällen = 30,1 Proz. mit 325263 Beteiligten zum Streik oder zur Aussperrung kam. Gegenüber dem Vorjahr, in welchem 9690 Bewegungen mit 1025542 Beteiligten stattfanden, sind die wirtschaftlichen Bewegungen im Jahre 1911 an Zahl und Umfang etwas geringer. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß 1910 sich der umfangreiche Kampf im Baugewerbe vollzog.

Folgt man der Personenzahl, so hat die Gewerbegruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau den stärksten Anteil an den Kämpfen des Jahres 1911. Es kommen auf diese allein 128609 Personen, die an 562 Kämpfen beteiligt waren. Von den übrigen Gewerbegruppen waren an den Kämpfen beteiligt: Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 89 Kämpfen und 8259 Personen, die Holzindustrie mit 494 Kämpfen und 30000 Personen, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 192 Kämpfen und 28298 Personen, die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie mit 214 Kämpfen und 46806 Personen, das Handels- und Transportgewerbe mit 256 Kämpfen und 16559 Personen und die sonstigen Gewerbe mit 262 Kämpfen und 34097 Personen.

Die Gesamtausgabe für die wirtschaftlichen Bewegungen stellt sich auf 16272313 Mk., wovon auf Streiks und Aussperrungen 16062906 Mk. und auf die Aussperrungen allein 5821641 Mk. entfallen.

Das Resultat der gesamten Bewegungen war: 7046 = 72,9 Proz. mit 685575 Beteiligten = 67,9 Proz. erfolgreich und 1701 = 17,6 Proz. mit 294293 Beteiligten = 29,1 Proz. teilweise erfolgreich. Dieses Ergebnis ist dem des Vorjahres ungefähr gleich. Es endeten 1910 91,2 Proz. der Bewegungen erfolgreich und teilweise erfolgreich, und 91,3 Proz. der Beteiligten hatten vollen und teilweisen Erfolg.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6436 und von den Streiks und Aussperrungen 2201

durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß gebracht. In 182 Fällen wurden diese Verhandlungen vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts oder dem Vorsitzenden desselben geführt. Der Verlust an Arbeitszeit durch die Streiks und Aussperrungen beläuft sich auf 6864240 Tage, davon entfallen auf die Aussperrungen allein 2505178 Tage.

Von den 6756 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 662425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. 888 mit 23991 Beteiligten dienten der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Vollen Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 4514 = 76,4 Proz. und von den Beteiligten 445841 = 67,3 Proz. Abwehrbewegungen waren 706 = 79,5 Proz. erfolgreich, 21121 Beteiligte erreichten vollständige Bewilligung ihrer Forderungen.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffstreiks. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Proz. aller Kämpfe. Es waren daran 169657 Personen beteiligt. Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffstreiks stattgefunden; es wurden nämlich in demselben geführt 1385 Streiks mit 110613 Beteiligten. An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertroffen. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiterausstand in Betracht, der allein 226888 Beteiligte zählte.

Es erklärt sich ohne weiteres, daß als Ursache der Angriffstreiks die Forderung auf Lohnerhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gestreikt. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streik führte. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurde in 644 Fällen, woran 71555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1096 Angriffstreiks = 64,3 Proz. hatten einen vollen und 283 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streiks waren 117711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Während 1910 839 solcher Streiks stattfanden, die 31500 Personen in Mitleidenenschaft zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42239 Beteiligten zu dem Mittel des Streiks gegriffen, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverlängerung und in 285 gegen Maßregelung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verstärkte Geschrei der Unternehmer nach vermehrtem geschäftlichen Schuß gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gefälligst gewährtesten Koalitionsrechts seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen = 66,9 Proz. gelang es für 23508 Personen = 55,7 Proz. durch Arbeitseinstellung die beachteten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich, 207 Streiks blieben erfolglos.

Durch die gesamten Bewegungen wurden 1911 an Erfolgen erzielt für: 293316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 700594 Stunden pro Woche und 592066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1058594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 19127 Stunden, eine Lohnkürzung für 15648 Personen von insgesamt 26344 Mk. pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37941 Personen.

Der größte Anteil der Ergründungen entfällt auf die Bewegung ohne Arbeitseinstellung. Es wurde bei diesen erreicht: für 207583 Personen = 70,8 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 534984 Stunden und für 469009 Personen = 79,2 Proz. eine Lohnerhöhung von 709063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85733 Personen = 29,2 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 22610 Stunden und 123057 Personen = 20,8 Proz. eine Lohnerhöhung von 239531 Mk. pro Woche.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im

Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159628 Personen, 1910 4308 Verträge für 607023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372384 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54550 Personen, im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie in 65 Fällen für 16328 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 27638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50419 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 505 Fällen für 34504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17733 Personen.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe. Sie fallen aber dabei erheblicher ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man darüber reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffstreiks und 48 wegen Forberückungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schloßen 60 = 29 Proz. mit vollem und 47 = 22,7 Proz. mit teilweisem Erfolge für die Arbeiter, und für 82,1 Proz. der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheblicherem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen.

Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968 Aussperrungen verhängt, die 884512 Arbeiter in Mitleidenenschaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19351996 Tage. Der Geschloßenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Proz. der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten. 29,9 Proz. der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 38,9 Proz. mit teilweisem Erfolge der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungstatistik der Unternehmer abgefunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 41948850 Mk. für Aussperrungen verausgabt!

Den „neuen“ Freunden zur Antwort.

Jene Leute, die aus einem undefinierbaren Drange heraus den polnischen Kollegen ihre zweifelhafteste Freundschaft antragen und sie aus unsrer großen Familie, dem Verbande, reißen wollen, haben sich in den Schmollewind verlocken. Ich meine die Drahtzieher der Polnischen Berufsvereinigung, die namentlich in Stadt und Provinz Hofen von Vertretern der besitzenden Klasse geisthammelt wird. Die Diskussion über diesen heissen Punkt hat ihnen selbst keine Freude gebracht, denn die Polener „Sila“, die auf ihrer lahmen Kofinante die furchtbare Uttrade gegen unsern Verband ritt, gab kurz darauf in fünf Zeilen bekannt, daß sie die Diskussion darüber schließe und aus diesem Grunde die ihr noch zugegangenen zwei Zuschriften — aus Thorn und Bochum — dem Papierkorb einwerleibe. Das ist schön von ihr.

Eigentlich wollte ich schweigen und damit ein Philosoph zugunsten anderer bleiben. Weil aber Kollege Zwiokowski, der Vorliegende des Polnischen Buchdruckervereins in Posen, mich an der Zunge zieht, so muß ich schon einen Haut von mir geben.

Vor allem möchte ich voraus, daß der Artikel „Neue Freunde“ (Nr. 101 des „Korr.“) sich weniger gegen den genannten Verein wandte, als vielmehr gegen die Herren

24/ Millionen freigewerkschaftlicher Arbeiter in der Konjunkturgenossenschaftsbewegung eine dringende Notwendigkeit.

Unter den 15 Industriegruppen der freien Gewerkschaften nehmen die Organisationen der polygraphischen Gewerbe unter Interesse besonders in Anspruch. In Berufsverbänden, die der Generalkommission angeschlossen sind, kommen folgende in Betracht: Deutscher Buchbinderverband, Verband der Deutschen Buchdrucker, Verband der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe, Notensetzergehilfenverband und Deutscher Xylographenverband. Diese graphischen Verbände hatten am Schlusse des Jahres 1911 insgesamt 130482 Mitglieder, das sind 71,12 Proz. aller Organisationsfähigen, gegenüber 124144 oder 68,69 Proz. am Jahresanfang. Nachstehend bringen wir eine kurze Übersicht über die Verhältnisse der einzelnen graphischen Verbände, die zugleich einen Einblick in ihr Unternehmungsweisen gewährt. Der Deutsche Buchbinderverband hatte am Anfang des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 28706 und am Ende des Jahres 30755, darunter 14805 weibliche. Die Jahreseinnahmen betrugen 874095 M., die Jahresausgaben für Unternehmungsweisen gewährt. Der Deutsche Buchbinderverband hatte am Anfang des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 28706 und am Ende des Jahres 30755, darunter 14805 weibliche. Die Jahreseinnahmen betrugen 874095 M., die Jahresausgaben für Unternehmungsweisen gewährt. Der Deutsche Buchbinderverband hatte am Anfang des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 28706 und am Ende des Jahres 30755, darunter 14805 weibliche. Die Jahreseinnahmen betrugen 874095 M., die Jahresausgaben für Unternehmungsweisen gewährt.

des früheren Ministerpräsidenten v. Podewitz trat der ehemalige Zentrumsgewerkschaftler des Reichstags, Frhr. v. Hertling, und an die Leitung der bayrischen Verkehrsverwaltung kam der von Nürnberg her bekannte ehemalige Eisenbahnpräsident v. Seidlitz. Nunmehr war die Macht des Zentrums in Bayern nicht mehr auf den Landtag beschränkt; es beherrschte vielmehr jetzt auch die Regierung. Die Folgen machten sich bald bemerkbar. War der frühere Verkehrsminister nicht zu bewegen gewesen, dem Zentrum zu Gefallen den süddeutschen Verband als „sozialdemokratische“ Organisation zu verbieten, weil die Unterlagen dafür fehlten, so zeigte sich sein Nachfolger bedeutend gefügiger. Er ergriff im Landtage wiederholt die Offensive gegen den Verband, indem er die bedingungslose Verzichtleistung auf das Koalitionsrecht verlangte. Ungeachtet dieser kam der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, der bisher der modernen Gewerkschaftsbewegung nahestand, wenn er auch der Generalkommission nicht angeschlossen war, dem neuen Verkehrsminister zu Hilfe. Just in dem Augenblicke, wo die Vertreter einer freiheitlichen Anschauung um die Rechte und Freiheiten der Eisenbahner, um das Koalitionsrecht, einen erbitterten Kampf führten, schrieb der Vorstand einer Arbeiterorganisation die Verzichtleistung auf das Koalitionsrecht nieder! Die Zertrümmerung der freien Gewerkschaft der Eisenbahner, an der preussische Minister sich seit Jahren vergeblich abmühten, an der das bayrische Zentrum sich hätte die Hände auszuwaschen sollen, diese Zertrümmerung vollzog der Vorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes mit einem Federstrich. Das Schlimmste an der Sache aber ist, daß der Wunsch des Vorstandes nutzlos gewesen ist und das Weiterbestehen des Verbandes keineswegs sichert. Das ging aus einer neuerlichen Rede des Verkehrsministers deutlich hervor, in der er ausführte, es komme nicht auf die Erklärung der Vorstandschaft, sondern auf deren ferneres Verhalten an. Daß es sich hierbei um nichts anderes als um die Forderung der vollständigen Unterwerfung des Eisenbahnerverbandes unter die Zentrums-herrschaft handelt, dürfte jedem klar sein. Leider wird man von der Leitung des Verbandes, der es schon beim ersten Ansturm des Feindes an Mut und Kraft gebracht, nicht erwarten können, daß sie weitergehenden Forderungen des Ministers stärkeren Widerstand entgegenzusetzen vermöchte. Der Anfang vom Ende scheint damit für den Süddeutschen Eisenbahnerverband gekommen zu sein.

Korrespondenzen.

Bezirk Brandenburg. Die am 6. Oktober in Belgig tagende Bezirksversammlung war von 81 Kollegen besucht. Als Gast war Kollege Weisenberg (Potsdam) und als Referent Kollege Hannack (Seititz) anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Vär dem verstorbenen Kollegen Fritz Ludwig einen ehrenvollen Nachruf. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Kollege Hannack einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Situation in unserm Beruf im Hinblick auf die letzte Gauvorsteherkonferenz“. Die anderthalbstündigen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Debatte gelangte eine Resolution, in der sich die Versammlung mit den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz einverstanden erklärt, zur einstimmigen Annahme. Aus Rathenow wurde berichtet, daß in der „Kreisblatt“-Druckerei (Wabenzien) bei Einführung von zwei Sechsmaschinen zwei Maschinenseher eingestellt und nur ein Kollege vom alten Personal an der Maschine angeleitet werden solle, trotzdem doch im Tarif empfohlen wird, die für den Maschinenseher anzunehmenden Gehältern möglichst dem eignen Personale zu entnehmen. Sechs Kollegen mit sechs bis fünfzehn zwanzigjähriger Geschäftstätigkeit erpicht die Kündigung! Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

lz Köln. Die am 13. Oktober abgehaltene Monatsversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Unter „Geschäftlichen“ gedachte Vorsitzender Moiss mit ehrenvollen Worten der 40-jährigen Verbandsangehörigkeit des Kollegen Fritz Momm und eruchte die Kollegen, zu dem am 27. Oktober stattfindenden diesjährigen Stiftungsfeste der Gesangsabteilung „Typographia“ möglichst zahlreich zu erscheinen. Sodann wurden vier Kollegen aufgenommen. Hierauf nahm Gauvorsteher Ullrecht (Köln) das Wort zu seinem Bericht über die Gauvorsteherkonferenz. Insbesondere schilderte er recht treffend das scharfmacherische Verhalten der rheinisch-westfälischen Prinzipale, das in den Trägen zur Breslauer Tagung und neuerdings in den Beschlüssen der außerordentlichen Kreisversammlung in Düsseldorf recht deutlich zum Ausdruck gekommen sei. Alle von den Prinzipalen des Kreises II nach dem Tarifabschlusse getroffenen Maßnahmen seien als verbandsfeindlich zu bezeichnen, was das Gehaltsartikular, das die Lohnaufbesserung der über 3 M. über Minimum entlohnenden Gehelien als unberechtigt erklärte, die wiederholten unbewiesenen Behauptungen, daß die Verbandsmitglieder den Gutenbergsbüchern das Arbeiten erschwerten, daß die Arbeitsleistungen zurückgehalten würden, die vielfachen Ferienentziehungen, das Einstellen der Gehelien nur zum Minimum, die Bildung eines Tarifvorbereitungsausschusses sowie des Fonds für besondere Zwecke, der Austritt aus dem Deutschen Buchdruckerverein und Bildung eines Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckerbeitnehmer. Wie geheimnisvoll jetzt in Prinzipalstreffen Rheinland-Westfalens gearbeitet werde, sei ihm in allerjüngster Zeit zur Kenntnis gebracht worden. Im

Zirkulare zu vermeiden, da durch diese etwas an die Öffentlichkeit kommen könne, habe der Geschäftsführer des Kreises II, Herr Diez, verschiedentlich Prinzipale besucht, um deren Austritt aus dem Deutschen Buchdruckerverein durch folgende Versicherungen zu verhindern, daß den Gehelien bei den nächsten Tarifabschlüssen Lohn-erhöhungen in dem Maße wie bisher nicht mehr bewilligt werden sollen, daß den Gehelien mehr entgegengetreten werden solle, damit diese ihre Forderungen nicht ins Blaue hinein stellen können, daß die Stärkung der Prinzipalstasse beabsichtigt sei, und daß den Gehelien beim Übertritt in die Prinzipalstasse die geleisteten Verbandsbeiträge in Anrechnung gebracht werden sollten, um dadurch die Mitglieder vom Verbands loszukaufen. Angesichts dieser Vorkommnisse richtete er an die Gehelien die bringende Mahnung zur Einheit und Geschlossenheit. Besonders im Kreise II, dem eigentlichen Brandherde, sei den Gehelien äußerste Vorsicht geboten. Auf den am Schlusse der Düsseldorf-Tagung ausgetragenen Auf: „Rheinland-Westfalen vor ewig ungebesselt“ mußte die Antwort der Gehelienstasse Rheinland-Westfalens dahin lauten, daß auch sie vor ewig ungebesselt mit der übrigen Deutschland konform gehe. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Nunmehr erstattete Kollege Moiss den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Köln, die die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz gutgeheißen hat. Er erläuterte die Vorschläge zur Reform des Unternehmungsweisen, wobei die Höhe der Unternehmungsbeiträge der Zahl der geleisteten Beiträge angepaßt werden solle. Namentlich werde eine gesündere Grundlage im Inzidenzverfahren geschaffen werden. Die erste Gegenwart fordere unbedingt von den Gehelien die Abstreifung ihrer bisherigen Lässigkeit und eine regere Anteilnahme am Verbandsleben durch eifrigen Versammlungsbesuch. Denn nur eine festgefügte Organisation könne für die Allgemeinheit Erfolge erringen. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. In der anschließenden Aussprache begrüßte man die von der Gauvorsteherkonferenz getroffenen Maßnahmen. Ferner wurde auf die Innehaltung der Lehrlingsstala aufmerksam gemacht und auf die Notwendigkeit, die große Öffentlichkeit über die überhandnehmende Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberuf zu unterrichten. Nachdem Gauvorsteher Ullrecht im Schlußwort noch einen ersten Appell an die Anwesenden zur eifrigen Mitarbeit gerichtet hatte, wurde die anregende Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Landshut. Die am 8. Oktober stattgehabte außerordentliche Versammlung war erfreulicherweise sehr gut besucht. Den Anlaß zur Abhaltung bildete ein Konflikt in der Firma Smarowski & Schmalz. Der aus diesem Anlaß erlassenen Gauvorsteher Setz (Münch) erstattete später ein ausführliches Referat über die Gauvorsteherkonferenz, welches mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Unhaltbarer Beifall sowie Dankesworte seitens des Vorsitzenden zeigten die sehr interessanten Ausführungen. Mit einem Appell, auch die kommenden Versammlungen ege zu besuchen, schloß der Vorsitzende.

-w. Neubabelsberg. (Graphischer Klub.) In unserer vorletzten Versammlung sprach Kollege Krebs (Leipzig) über „Die neuzeitliche Ausstattung der Druckereien und der Wert der Stizzierkunst“. In wohlwurdiger und leichtverständlicher Weise schilderte der Referent den Wert der Druckausstattung, dabei kurz die einzelnen Epochen der verschiedenen Richtungen erwähnend, welche zum Teil günstig auf unser Fach einwirkten, zum andern Teil aber auch arge Verwirrungen in die typographischen Grundrissen brachten. Heute könne man allerorten von einem steten Vorwärtstreiten auch der Gehelien sprechen, indem sie sich zu Fortbildungsvereinigungen zusammenschlossen und damit bezeugten, daß es ihnen ernstlich darum zu tun ist, nicht still zu stehen, sondern ihre Leistungsfähigkeit auf das möglichste zu erhöhen, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Zum Schluß empfahl der Referent, sich ege an einem Stizzierkurs zu beteiligen. Als Gäste waren anwesend der Vorsitzende der Berliner Typographischen Vereinigung Kollege Wulfhorst, und der Vorsitzende der Spanbauer Vereinigung, Kollege Guth, ebenso eine Anzahl Potsdamer Kollegen. In der letzten Versammlung am 4. Oktober hatten wir zwölf Neuaufnahmen zu verzeichnen. Des weiteren kamen Sachgettschriften zur Besprechung. Kollege Gell (Potsdam) erklärte sich bereit, die Anfangsgründe im Stizzieren den Klubmitgliedern zu unterbreiten. Anwesend waren 30 Mitglieder.

△ Offenbach a. M. (Stempelschneider.) Die Tarifbewegung steht vor der Tür und für die hiesigen Kollegen wirkt sie ihre Schatten schon voraus. Bei der weit über die Grenzen Offenbachs hinaus durch ihre künstlerischen Fabrikate bestens bekannte Firma Gebrüder Klingpor, wo, nebenbei bemerkt, auch gehörig für jüngeren Nachwuchs gesorgt wird, scheint man sich auf nichts einlassen zu wollen und versucht, einen eignen, niedrigeren Tarif den Kollegen aufzuhalsen. Hiergegen wehren sich diese mit Recht. Bedenkt man dabei, daß die Firma auf präzise Arbeit steht und bei jeder Gelegenheit ihr künstlerisches Spinnweben offenbart, so erscheint ihr Standpunkt um so unverständlicher. Wie der Tarif der Firma aussieht, mögen einzelne Zahlen darlegen. Vor zehn Jahren war der Preis für Korps 10 1,75 M.; jetzt werden den Vohrerkollegen 85 Pf. geboten; für Korps 14 früher 2 M., jetzt 90 Pf.; für Korps 16 früher 2,50 M., jetzt 90 Pf.; für Korps 20 früher 2,50 M., jetzt 95 Pf. War dieser Preis früher nur für das Vohren festgelegt, so wurde für den heutigen Sach noch das Justieren verlangt. Auf Weisung des Vorstandes der

Stempelschneidervereinigung arbeitete nun ein Kollege einige Wochen lang zu den verlangten neuen Preisen und kam dabei auf einen Lohn, der 6 Mk. pro Woche weniger ausmachte, als es früher der Fall war. Und das bei den jetzigen Leerverhältnissen! Auf weitere Anfrage der Geschäftsleitung, ob er zu den niederen Preisen auch mit Übernahme des Zustierens weiter arbeiten wolle, lehnte er dies ab mit der Begründung, daß er dabei nicht auf seinen Lohn komme. Prompt erfolgte hierauf die Kündigung. Eine Konferenz unter Mitwirkung des Bezirksvorstandes und des Vorstandes der Stempelschneidervereinigung befaßte sich mit dieser Angelegenheit und stellte sich dabei auf den Standpunkt, allen Kollegen vorläufig zu empfehlen, um Offenbach einen großen Vogen zu machen und bei eventuellen Konditionsangeboten der Firma Gebrüder Klingendorfer vorber bei den funktionären Verhandlungen einzusprechen. Hoffentlich werden die strittigen Punkte beigelegt und kommt ein Tarif zustande, der unsern gerechten Wünschen Rechnung trägt.

vi. Waldenburg (Schles.). (Maschinenmeisterverein.) Unsere letzte Versammlung hatte sich u. a. mit der Neuwahl eines Vorsitzenden zu befassen, da der bisherige Kollege Samanna, nach Stettin übersiedelte. Gewählt wurde Kollege Jäkel (Ultrawasser). Die weiteren Verhandlungen betrafen in der Hauptsache die am 10. November stattfindende Druckfachenausstellung. Nach Schluß der Sitzung vereintete sich die Anwesenden zu einem Abschiedsessen für den Scheidenden, welchem ein Angebinde des Vereins überreicht wurde. Bezirksvorsteher Köchel wie auch Vereinskassierer Lange sprachen dem Scheidenden Dank und Anerkennung für die bei der Sparte und der Gesamtorganisation geleisteten Dienste aus.

Weiden (Oberpf.). Unsere diesjährige Herbstversammlung fand am 13. Oktober in Schwandorf statt. Sie erfreute sich eines sehr guten Besuchs. An Mitgliedern waren vertreten aus: Cham 1, Burglengenfeld 1, Marktredwitz 6, Neustadt (W.-N.) 2, Walsassen 3, Weiden 8, Wunsiedel 1. Als Referent war Gaurortheater Seig (München) und als Gast Kollege R. Siegl (München) erschienen. Von Schwandorf waren drei Nichtmitglieder anwesend, die sich im Laufe der Versammlung zur Aufnahme in den Verband meldeten. Vorsitzender Hunger (Weiden) begrüßte die Versammelten in Schwandorf, wo seither keine Mitglieder standen. Bei dem Punkte „Tarifliches“ konnten die meisten Redner nur Buntiges aus den verschiedenen Orten berichten. Hierauf erhaltete Kollege Seig (München) sein Referat über die Beratungen der Gaurortheaterkonferenz, an das sich eine rege Diskussion schloß. Starke Beifall am Schluß der Ausführungen zeigte von dem Einverständnis der Versammlung mit dem Gehörten. Als Ort für die Frühjahrsversammlung 1913 wurde Marktredwitz bestimmt.

Bezirk Mittelnberg. Die am 13. Oktober in Gräfenhainichen abgehaltene Bezirksversammlung war von den einzelnen Druckorten, außer Herzberg und Liebenwerda (die wegen schlechter Bahnverbindung fehlten), ziemlich gut besucht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Berichterstattung von der Gaurortheaterkonferenz“ behandelte Kollege Hils (Halle). Hinweisend auf die Strömungen und Streitigkeiten im Prinzipalslager erläuterte Redner in treffenden Worten die von der Konferenz beschlossenen Maßnahmen, welche von der Versammlung beifällig aufgenommen wurden. Die der Generalversammlung vorzuschlagenden Statutenänderungen wurden im großen und ganzen gutgeheißen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß einzelne in dem Vorschlag enthaltene Forderungen von der Generalversammlung ausgemergelt würden. Aus den einzelnen Druckorten wurde, außer Gräfenhainichen, wo sich bei der Firma Schulze & Co. seit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs eine sehr scharfe Kontrolle und das tabulierteste Bestreben, alte, lange im Geschäft tätige Kollegen durch jüngere, billigere Arbeitskräfte zu ersetzen, bemerkbar macht, Nennenswertes nicht berichtet. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Rundschau.

Zur Vergebung städtischer Druckarbeiten. Während wir im Laufe dieses Jahres schon mehrmals von statieren konnten, daß die Stadtverwaltungen bei Vergabung der städtischen Druckarbeiten keinen Anstand nahmen, die durch den neuen Lohnsatz im Buchdruckgewerbe nötig gewordenen höheren Druckpreise anzuerkennen, wie dies auch vor wenigen Tagen erst in Kaiserslautern zu verzeichnen war, hat sich merkwürdigerweise die Stadtverwaltung von Jena auf einen entgegengegesetzten Standpunkt gestellt. Während in fast gleicher Zeit die Stadtverwaltung von Kaiserslautern durch ihren Oberbürgermeister gelegentlich der Vergabung des städtischen Jahresberichts offen aussprechen ließ, daß sie die erhöhten Druckpreise nicht nur unter Hinblick auf die gegenwärtige sozialpolitische Wirkung der Tarifgemeinschaft akzeptiere, sondern auch, weil er sich überzeugt habe, daß die Preise sachlich berechtigt seien, vertrat der Finanzdirektor Schmitt in Jena als Vertreter der Stadtverwaltung die Ansicht, daß die billigere auswärtige Konkurrenz berücksichtigt werden müsse, weil sie billiger arbeite. Diese auswärtige Konkurrenz, eine Berliner tarifreue Firma, stellte um 90 Proz. billigere Preise. Eine solche Unterbietung steht unter aller Kritik und dürfte jedenfalls Veranlassung geben, die Gewerbepolitik dieser Berliner Buchdrucker einer besonderen Prüfung seitens der berufenen Instanzen zu unterziehen. Das Merkwürdigste ist jedoch, daß sogar verschiedene sozialdemokratische Gemeinderäte die ablehnende Haltung der

Stadtverwaltung in Jena gegenüber den einheitlichen Gewerbetreibenden unterstützten. Nicht mit Unrecht bemerkt dazu das „Jenaer Volksblatt“, daß die Konsequenzen einer solchen Taktik unter Umständen auch für die einheitliche Arbeiterschaft bedenklich werden könnten. Denn es ist nicht einzusehen, warum nicht auch billige Arbeiter von auswärts zur Verrichtung von städtischen Arbeiten herangezogen werden könnten, wenn die Vergabung städtischer Arbeiten der Billigkeit halber an auswärtige Unternehmer selbst von sozialdemokratischer Seite gutgeheißen wird. Im vorliegenden Falle liegt also auch ein Verstoß gegen Arbeiterinteressen vor, was um so schärfer zu verurteilen ist, als es den sozialistischen Gemeinderäten Leber und Höllein in Jena doch nicht unbekannt sein kann, daß unser Verband sich durch die Tarifgemeinschaft verpflichtet hat, die Durchführung des Drucktarifs zu unterstützen, und daß unsere Organisation eine solche Verpflichtung doch sicher nicht übernommen hätte, wenn der Drucktarif nicht auf Grundlagen aufgebaut wäre, die auch im Interesse der Arbeiter liegen.

Wann wird ein Lehrling Gehilfe? Der Allgemeine Anzeiger für Druckereien schreibt unter obiger Überschrift: In einem gerichtlich zum Austrage gebrachten Streite wurde entschieden, daß ein Lehrling erst nach Ausübung des Lehrbrieftages Gehilfe ist. Nach dem Lehrkontrakte des hier in Frage kommenden Lehrlings war dessen Lehrzeit am 15. März zu Ende. Da sich die Gehilfenprüfung, der sich der Lehrling zu unterziehen hatte, verzögerte, erhielt dieser erst vier Wochen später — am 11. April — seinen Lehrbrief ausgehändigt. Der Lehrling verlangte jedoch bereits für die Zeit vom 15. März bis 11. April seinen Gehilfenlohn. Das angerufene Gericht entschied, daß dem Kläger der Gehilfenlohn noch nicht zustand, weil er erst nach Ausübung des Lehrbrieftages als Gehilfe gelte. Es ist dies ein ganz unhaltbares Urteil. Denn wie lange würden die laut Lehrvertrag Ausgelernten oft warten müssen, bis sie die Gehilfenprüfung ablegen könnten, wenn z. B., wie es in Frankfurt a. M. der Fall ist, erst in der nächsten Zeit die Gehilfenprüfung für die an Ostern Ausgelernten abgelegt werden kann, da die Prüfungskommission der Prinzipale erst jetzt ergänzt resp. gewählt wurde. Hier liegt es doch nicht an den Ausgelernten, deren Lehrvertrag „auf vier Jahre“ lautet und nicht „nach Ablegung der Gehilfenprüfung“, daß sie den Schaden tragen, weil keine Prüfung stattfand. In Zukunft würden wohl manche Gehilfenprüfungen hinausgeschoben werden, wenn dieses Urteil bestehen bliebe. Dem Gerichte sei aber bemerkt, daß in Frankfurt a. M. die Lehrmeister eben doch anders denken, denn sofort nach Beendigung ihrer vierjährigen Lehrzeit, ohne Ablegung der Gehilfenprüfung, wurden einige der Neuausgelernten aus der Lehrdruckerei entlassen, also auch ohne Gehilfenprüfung als Gehilfen von Seite ihrer Lehrmeister anerkannt. Dieweil Lohn aber wäre den Ausgelernten hier entgangen, wenn diese mit dem Gehilfenlohn bis zur Ablegung der Prüfung hätten warten müssen.

Schöpfungsauslösung. In Nürnberg wurden die Kollegen Franz Matthes und Albert Nähr zu Schöffen ausgelost.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer zu Frankfurt a. D. bestanden die Kollegen Richard Fischer und Hermann Schröder aus Frankfurt und Wilhelm Reiz aus Münnchberg die Meisterprüfung.

Außerordentliche Versammlung der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft. In Verfolg eines Beschlusses der diesjährigen 30. ordentlichen Genossenschaftsversammlung der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft beruft der Vorstand der Genossenschaft auf den 8. November eine außerordentliche Genossenschaftsversammlung nach Leipzig ein. Beschluffassung über eine neue Satzung, über die Wahlordnung und die Dienstordnung bilden die Tagesordnungspunkte.

Strengere Kontrolle der Gewerbetrafiken. Der preussische Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe haben Anweisung erlassen, daß sich die Gewerbeaufsichtsbeamten alle Fälle von Gewerbetrafiken von den Krankenkassen melden lassen, um sie dann näher auf ihre Ursachen unteruchen und eventuell Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen zu können.

Tarifverträge im Handwerk. Nach einer Zusammenstellung der Tarifgemeinschaften des Jahres 1910 in einem Sonderhefte des „Reichsarbeitsblatts“ gab es im Handwerk 2039 Tarife, die sich auf 59592 Betriebe mit 336721 Gesellen und Arbeitern erstreckten. Davon treffen 1440 auf die Betriebe bis zu zehn Arbeitern, 599 auf die Betriebe mit 10 bis 20 Arbeitern. Die Innungen sind bei dem Abschluß von Tarifverträgen nicht besonders stark beteiligt, denn nur 211 Tarife — mit 11855 Betrieben und 37755 beschäftigten Personen — sind von Innungen abgeschlossen. Die meisten Tarifverträge werden von den Arbeitgeberverbänden bestätigt. Der einfachste Weg ist, daß die Innungen Mitglieder der Arbeitgeberverbände sind, wogegen ja heute eine gesetzliche Schranken mehr bestehen. Von den einzelnen Arten von Gewerben steht das Baugewerbe mit 980 Tarifen an erster Stelle. An zweiter Stelle steht das Holzgewerbe mit 253 Tarifen. Es folgen das Nahrungsmittelgewerbe mit 235, das Metallgewerbe mit 186, das Bekleidungs- und Ledergewerbe mit 183, das Gewerbe der Steine und Erden mit 92, das Lebergewerbe mit 54, das Papiergewerbe mit 37, das polygraphische Gewerbe mit 15 und das Reinigungsgewerbe mit 4 Tarifgemeinschaften. Der Geltungsbereich der Tarife erstreckt sich meistens auf Firmen, der Orts- und Bezirkstarif ist weniger zahlreich vertreten. Eine Ausnahme macht das Baugewerbe,

bei dem die Bezirkstarife die größere Zahl ausmachen. Der Inhalt der Tarifverträge erstreckt sich in der Hauptsache auf die Arbeitszeit und die Löhne.

Statistische Nachweise über die Sterblichkeit der Unternehmer und Arbeiter. In einer Studie einer französischen statistischen Zeitschrift findet sich im Rahmen einer Untersuchung über die Sterblichkeit in den einzelnen Berufs Frankreichs folgende Zusammenstellung für das männliche Geschlecht in den Jahren 1907—1908:

	Jährliche Sterblichkeit pro 10000 Personen jedes Gruppe im Alter von		
	25 bis 34	35 bis 44	45 bis 64
Gesamtbevölkerung	80	112	178
Unternehmer	64	82	127
Arbeiter	82	136	232

Aus diesen Ziffern, die wohl ohne größere Abweichungen auch für die übrigen sogenannten zivilisierten Staaten gelten dürften, ergibt sich klar und deutlich das Risiko der Arbeiter im Dienste der Unternehmer. Ebenso deutlich läßt sich daran die Menschenfreundlichkeit derjenigen Unternehmer zeigen, die von einer drückenden Belastung durch die Sozialgesetzgebung nicht genug zu jammern wissen.

Politische Scharfmacherei gegen die „Volksfürsorge“. Der „Reichsbote“, eines der „vielseitigsten“ offiziellen Organe der konservativen Partei, macht zur Abwechslung wieder einmal gegen die „Volksfürsorge“ scharf. Er läßt sich folgendermaßen vernehmen: Die Ausführung dieses gemäßigten Plans muß aber auf jede Weise verhindert werden. Die freien Gewerkschaften sind ungeachtet aller wohlbedachten Ablehnung ein Organ der Sozialdemokratie, welche sich immer mehr von dem übrigen wirtschaftlichen und sozialen Staatsorganismus abzuschließen, alle Brücken von Klasse zu Klasse abzubauen und einen geschlossenen Staat zu bilden sucht. Der politischen Organisation der Partei schließen sich die wirtschaftlichen der Gewerkschaften und Konsumvereine an. Nun soll die Kette durch Einfügung des sozialen Gliedes der Volksfürsorge gelockert, der sozialdemokratische Klassenorganismus endgültig konsolidiert werden. Welchen immensen Einfluß die Partei außerdem mittelbar auf die durch ihre Hände gehenden Milliarden, deren Verwendung, sowie durch ihr dadurch unendlich vermehrtes abhängiges Beamtenheer gewinnen, welche Mittel zur Agitation und Ausbreitung frei werden würden, läßt sich leicht berechnen. Sollte wider Erwarten im Verwaltungsweg auf Grund des Gesetzes betreffs Aufsicht der Privatversicherungsgesellschaften die Errichtung der sozialdemokratischen Bank nicht unterbunden werden können, so wäre in dem Fall ein Einschreiten des Gesetzgebers durch das Lebensinteresse des Staates unbedingt geboten. „Zweck der Übung soll jedenfalls sein: Das Kaiserliche Aufsichtsamt scharf zu machen, um der Volksfürsorge die Konzeption zu verjagen. Wollen wir abwarten, ob dieser Zweck erreicht wird.“

Die Pfändungsgrenze und Dr. Alexander Ellis. In Nr. 42 seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ tritt der große Alexander von Saarabien für Änderung der jetzt bei 125 Mk. pro Monat stehenden gesetzlichen Pfändungsgrenze ein. Natürlich nicht in dem Sinne, daß die absolut notwendige Erhöhung dieser Grenze erfolge, nein, sie soll auf 100 Mk. erniedrigt werden und hinzutreten soll für alle Arbeiter, die nicht dafür sorgen können, daß der Gerichtsvollzieher ihre Schwelle nicht betritt, die Entziehung der Staatsbürgerrechte. Er redet von den Arbeitern, die durch unsere glänzende wirtschaftliche Entwicklung in die Lage kommen, mehr als 125 Mk. pro Monat zu verdienen, folgendermaßen: „Bis jetzt haben sie Waren entnommen und nicht bezahlt, beim Handwerker arbeiten lassen und sind ihm die Bezahlung schuldig geblieben, Wohnungen innegehabt und sich der Mietszahlung entzogen — niemand hat ihnen dann auf den Leib rücken können, denn das Gesetz ist ja so gültig, jeden Menschen mit Einkommen unter 1500 Mk. der Pfändungsmöglichkeit zu entziehen. Kein Pfennig ist von ihnen auf dem Zwangsweg einzutreiben, solange nur ihr Monatseinkommen 125 Mk. nicht übersteigt. Und dies trotz der Tatsache, daß es im Deutschen Reich Millionen Familien gibt, welche von weniger als 75 Mk. den Monat leben. Da plötzlich steigt mit der Konjunkturen und mit der Mehrung der Gelegenheit zur Anwendung höherer Fähigkeiten im Betrieb ihr Einkommen über 1500 Mk. empor, und damit bricht für sie der entsetzliche Zustand herein, daß sie vermögensrechtlich für ihre hauswirtschaftlichen Handlungen verantwortlich gemacht und zur Bezahlung ihrer Schulden herangezogen werden können. Wer einmal das Schlaraffenland hauswirtschaftlicher Verantwortungslosigkeit kennen gelernt hat, wer gewohnt war, Kolonialwarenhändler und Bäcker, Fleischer und Schneider noch zu verhöhnen, wenn diese Bezahlung forderten, dem ist das eine bittere Pille, und er wird alles tun, um diesem Schicksal des Leidens zu entgehen. Aber wie? Ja, da richtet er sich eben gesetzlich ein, d. h. da beschränkt er sorgfältig und mit Vorbedacht seine Berufsausübung so, daß er im Monat nur 124 oder nicht 125 Mk. verdient und der alte Paradieseszustand der Unverantwortlichkeit, die Unschärfe bleibt ihm erhalten. Dies Sichgeschehenlassen weiter Preise der großgewerblichen Lohnarbeiterschaft ist heute ein schwerer Schaden für die Hebung ihrer Schicht und für die Steigerung der wirtschaftlichen Stärke der Industriebetriebe. Es ist die häufige Quelle des „Nur immer hübsch fachte“, wie man in Sachsen das schottische Canny übersezt. Dieser Krebsgeschaden in der neuzeitlichen Verwendung von Handkraft ist nur zu befeitigen durch eine kräftige Herabsetzung der Pfändungsgrenze (Fortsetzung in der Beilage.)“

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 26. Oktober 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 125.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

mindestens von 1500 auf 1000 Mk. und durch die Entziehung des Staatsbürgerrechts gegenüber allen denen, welche nicht einmal so viel hauswirtschaftliche Verantwortlichkeit beweisen, daß sie zahlen, was sie kaufen." In dieser Allgemeinheit sind die Forderungen der Industriearbeiter. Gewiß kommen in der Industrie zahlreichere fruchtlose Pfändungen vor, fruchtlos deshalb, weil die Leute nur über den notwendigsten Hausrat verfügen und nicht über 125 Mark verdienen. Es kommen gewiß auch Fälle vor, in denen böswillige Schuldner ihr Einkommen auf 125 Mk. zu beschränken suchen, um der Pfändung zu begegnen. Aber woher nimmt der Scharfmacher das Recht, solches Streben "weiten Kreisen" der Industriearbeiterschaft zum Vorbeweis zu machen? Auch in den Fällen, in denen anscheinend Böswilligkeit vorliegt, werden meistens die wirtschaftlichen Verhältnisse, Ausbeutung durch Abzahlungsgefälle, Krankheit in der Familie usw., Entschuldigungsgründe abgeben. Ein Scharfmacher, der triumphierend darauf hinweist, daß Millionen von deutschen Arbeiterfamilien mit einem Einkommen von 75 Mk. pro Monat leben müssen, kann dafür natürlich kein Verständnis haben. Jammer schade, daß der Herr Doktor, der für seine Zigarren oder sein Frühstück vielleicht mehr als 75 Mk. pro Monat braucht, nicht verurteilt werden kann, als Familienvater in Industriegebiete mit 75 Mk. pro Monat leben zu müssen. Eine Wohnung von Küche und zwei Zimmern kostet in den Großstädten 30—40 Mk. pro Monat, die Ernährung einer kleinen Familie erfordert, wenn sie nur den allerbescheidensten Forderungen der Gesundheitslehre, wie das Reichsgesundheitsamt sie aufstellt, genügen soll, 80 bis 100 Mk. pro Monat. Wer also mit 75 Mk., ja mit 125 Mark Monatsseinkommen eine Familie ernähren soll, lebt nicht, nein, er vegetiert nur. Und dafür, daß unsere herrliche Wirtschaftsordnung ihn zu solchem Elende verdammt, soll er nach dem Willen des Scharfmachers noch extra bestraft werden. Wahrlich, es ist jammer schade, daß Lebenskämpfer wie Lilla nicht geachtet werden können. Ein halbes Jahr lang muß ihriges Familie von 75 oder 125 Mk. pro Monat zu leben!

Eigenartige Bekämpfung der Steuerung. In der staatlichen Sozialpolitik kann man häufig den Vorgang beobachten, daß die eine Hand umfächelt, was die andre aufgerichtet hat. Daß der gegenwärtige Steuerungsstand der breiten Massen des Volkes unerträglich zu werden droht, daß irgendwie Verringerung geschaffen werden muß, sehen Regierungen und Behörden ein. Mit der ihnen eignen ungeschicklichen Beschränkung entschließen sie sich zu Hilfsaktionen, denen man freilich unverdiente Ehre antun möchte, wenn man sie als halbe bezeichnen wollte. Doch — der gute Wille ist wenigstens scheinbar vorhanden sowie das Geständnis, daß unhaltbare Zustände sich herausgebildet haben; ein Geständnis, in dem jeder Kundige zugleich das der Mitschuld an den Zuständen erblickt wird. Was läge da näher als eifrige Begünstigung aller Bestrebungen, die geeignet erscheinen, der Not zu freuen? Aber — weit gefehlt! Es ist schon auf die widerfinnige Schikanierung der Konsumvereine durch Steuern aller Art hingewiesen worden. In Bayern sollen die Konsumtengenossenschaften jetzt sogar zu Kirchensteuern herangezogen werden, wobei noch die Streitfrage entsteht, ob sie dieses Opfer der evangelischen oder der katholischen Kirche bringen müssen. Auch die Warenhaussteuer hält man für ein passendes Mittel zur Schröpfung der Selbsthilfsorganisationen der Unbemittelten. Solche ungerechten, weil unsozialen Maßnahmen lassen sich nun durch den Ausbau der Organisationen doch in ihren Wirkungen abschwächen, wenn ihre Folgen auch nicht beseitigt werden können. Weit schlimmer und unverantwortlicher ist es, wenn man der Hilfe bringend bedürftigen Konsumisten das Mittel der Organisation überhaupt raubt, wie das vielfach staatliche und andre Behörden tun, indem sie ihren Angestellten und Arbeitern, ja sogar deren Frauen, verbieten, die Mitgliedschaft in einem Konsumvereine zu erwerben oder beizubehalten. Das wirkt geradezu wie ein Sporn auf die amtlichen Bemühungen gegen den nicht zu leugnenden Notstand! So hat dieser Lage wieder die Verwaltung der Eisenbahnwerkstätten in Köln-Nippes nach bekanntem, aber nicht eben berühmtem Muster ihren Arbeitern die Mitgliedschaft in Kölner Konsumvereine "hoffnung" unterlag. Alle Welt weiß, daß gerade die in den Staatsbahnbetrieben tätigen Arbeiter unter recht verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen leben, daß sie also gegenwärtig besonders schlimm daran sind. Jeder Pfennig Eigenartnis bedeutet für sie eine wahre Wohltat. Und da nimmt man ihnen mit einem Federstrich das nahezu einzige Mittel, Eigenartnis zu erzielen! Nimmt es ihnen, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihnen für das Verlorene irgend einen Ersatz zu schaffen. Die Behörden dürfen sich angefechtigt solcher Leistungen nicht wundern,

wenn ihre Bemühungen, der Steuerung abzuhelfen, sehr kritisch betrachtet werden, wenn Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Bemühungen entstehen. Die genannte Werkstättenverwaltung begründet ihre Anordnung mit der den Tatsachen zuwiderlaufenden Behauptung, der Verein "verfolge sozialdemokratische Zwecke". Wir wollen diese dem Schema F entnommene Lebensart nicht näher erörtern; alle Welt weiß, was dahinter steckt. Aber die Behörde redet sich offenbar ein, mit ihrem Vorgehen der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Sollte ihr nicht der Gedanke näher liegen, daß sie mit ihrem gerade in gegenwärtiger Zeit besonders auffälligen Verhalten dort erst Sozialdemokraten züchtet, wo bisher keine waren?

Verschiedene Eingänge.

"Schweizer Graphische Mitteilungen." Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 31. Jahrgang, Heft 3. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

"Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und im Erzgebirge." Von Ernst Heilmann. 310 Oktavseiten Text und 32 Blätter Bildbeilagen. Zu beziehen vom sozialdemokratischen Parteisekretariate W. Ruhn in Chemnitz. Preis 5 Mk.

"In Freien Stunden", Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVI. Jahrgang, Heft 41 und 42. Preis pro Heft 10 Pf.

"Die Neue Zeit", Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 2 bis 4. Band I. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Gestorben.

In Gutzkuchen am 19. Oktober der Buchdrucker Franz Wilhelm Münch, 34 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Frankfurt a. M. am 16. Oktober der Gelehrte Johann Häbel aus Harheim, 58 Jahre alt — Arterienverkalkung; am 22. Oktober der Gelehrte Arnold Schützow aus Ostroff (Westpr.), 48 Jahre alt — Gehirntreibe.

In Kuglhaden der Druckereibesitzer Reinhard Georg Kaufchenplatz, 48 Jahre alt.

In Leipzig am 19. Oktober der Seherinvalid Heinrich Meyer aus Wiesbaden, 65 Jahre alt — Gehirnschlag; am 20. Oktober der Galvanoplastiker Georg Höpfer aus Stötteritz bei Leipzig, 35 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Stuttgart der frühere Buchdruckereibesitzer Paul Böth, 68 Jahre alt.

Briefkasten.

F. S. in W.: Die Verzögerung kommt daher, daß Sie nur "Leipzig" adressiert haben. Der Brief gelangte infolgedessen verspätet an die erst ermittelte Privatadresse des betreffenden Redaktionsmitglieds, das ihn dann an andere Vorgesetzte mitbrachte, also nach Abschluß der fraglichen Nummer. Es wird doch jede Woche ein oder mehrere Mal am Schluß des "Korr." gebeten, immer "Salomonstraße 8" mit anzugeben. — J. D. in Br.: In jeder Beziehung interessant und daher bestens verdankt. — O. B. in J.: Mit Vergnügen zu unsern Alten genommen. Freundl. Gruß! — E. S.: 1,10 Mk.

Das Nachprüfen von Kalkulationen ist nicht Aufgabe der Redaktion. Da immer wieder solche Anfragen an uns gestellt werden, müssen wir in aller Form erklären, daß wir ihnen nicht nachkommen. Man wende sich an die Berechnungsstellen, die diesem Zwecke zu dienen bestimmt sind. Auch aus kleinen Orten sind sie nicht schwer zu erreichen als der "Korr."

- Wer an den "Korr." etwas zu berichten oder beim "Korr." etwas anzuführen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptvorbereitung auf beiden Seiten beschreiben;
 2. Keine Blei- und auch keine Zinkstifte verwenden;
 3. Nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
 4. Durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen;
 5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
 6. Rechte vom Korrigieren abgesehen lassen und Kritik einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbandsbesitzigen Mitgliedschaft für Rechte eine Woche nach Entsenden der betreffenden Korrekturen;
 7. Nichts frankieren, da sonst Anträge zurückgewiesen werden muß und durch Rücksendung dann unangenehme Verzögerung der Aufnahme eintritt;
 8. Die Steuerung von Druckereien infolge entlassener Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorsitzenden. Mitteilungen über den Rückbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an erstere Adresse zu richten. Im "Korr." kann erst nach vorausgehender Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
 9. Anfragen an den "Korr." dürfen nicht Auflegungen des Verbandsstatus oder des Zaris zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der "Briefkasten" ist kein allgemeines Anstaltsbüro. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Freimarken der Anfrage beigelegt sind;

11. Redaktions- und Anzeigenschluß: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Freitag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseeplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurier, Nr. 191.

Gelsenkirchen. Um Angabe des Aufenthalts des Seher Theodor Laven, geboren in Düren (Rheinl.) am 15. Oktober 1874, ausgelert in Köln am 26. April 1892, eingetreten in Herten am 11. September 1890 (Hauptbuchnummer 46072) ersucht der Kassierer August Wurmes, Königsstraße 29 II.

Wald. Die Seher Artur Klein, Erich Franzen sowie Otto Brüttel werden aufgefordert, umgehend ihren Verpflichtungen dem Ortsvereine gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sofortiger Ausschluß beantragt wird. Ebenso wird der Maschinenseher Max Cremer aufgefordert, das von der Bibliothek entlehnte Buch herbeizuschaffen, da sonst weitere Schritte unternommen werden.

Abdresenveränderungen.

Greifswald. Kassierer: E. Settegast, Bleichstraße 44.

Wainz. Bezirkskassierer: Konrad Wann, Nachstraße 1, Hinterhaus I.

Waldenburg i. Schl. (Typographische Vereinigung.) Vorsitzender: Paul Gersdne, Freiburger Straße 13, Hof part.; Kassierer: A. Neumann, Neue Straße 3 III.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Essen die Seher 1. Karl Beres, geb. in Montabaur 1891, ausgel. das. 1910; 2. Paul George, geb. in Frankfurt a. O.; waren schon Mitglieder; 3. Hermann Gallmer, geb. in Halberstadt 1893, ausgel. in Friglar (Bezirk Rassel) 1911; war noch nicht Mitglied. — In Caternburg (Rhb.) der Drucker Wilhelm Söttes, geb. in Oberfeld 1885, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Rittenscheid, Alfriedstraße 1a.

In Oberlungwitz der Seher Gustav Hermann Hanske, geb. in Rottbus 1888, ausgel. in Senftenberg 1908; war noch nicht Mitglied. — Wm. Große in Chemnitz, Kemiger Straße 8.

In Schmientochow (Oberschl.) 1. der Schweizerdegen Viktor Salinger, geb. in Arnowitz 1894, ausgelert das. 1912; 2. der Seher Joseph Gottwald, geb. in Neustadt (Oberschl.) 1894, ausgel. in Ober-Glogau 1912; waren noch nicht Mitglieder. — W. Wialas in Beuthen (Oberschl.), Parallelstraße 12 I.

In Innsbruck der Seher Jüdel Kellermann, geb. in Bodgorya (Rußland) 1890, ausgel. in Bodz (Rußland). 1908. — Franz Otter, Innrain 4 II.

In Lugernburg die Seher 1. Karl Schenk, geb. in Sondelungen (Württemberg) 1884, ausgel. in Reutlingen 1902; war noch nicht Mitglied; 2. Jakob Dahm, geb. in Mayen bei Koblenz 1885, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — W. Wastendorf.

Arbeitslosenunterstützung.

Greifswald. Der Seher Hermann Seng, geboren am 20. Februar 1892 in Mangelshorst (Hauptbuchnummer 77776), wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Funktionäre und Kasseverwalter werden gebeten, dem S., der sich auf der Reise befindet, auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Veranstaltungskalender.

- Jugoburg.** Versammlung heute Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im "Wurkgarten".
- Walden.** Bezirksversammlung Sonntag, den 3. November, vormittags 11 Uhr, im Weinw., im kleinen Saale des "Konzerthaus".
- Grünberg i. Schl.** Versammlung Sonnabend, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinstokale (Walden).
- Danan.** Bezirksversammlung Sonntag, den 17. November, nachmittags 2 Uhr, im Wälfeldweg, Restauration Schmidt, Erlengasse. Anträge bis 8. November an den Vorsitzenden.
- Jena.** Versammlung heute Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im "Gewerkschaftshaus".
- Landsberg (Harz).** Versammlung heute Sonnabend, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im "Weserbüro".
- Mannheim-Ludwigschafen.** Walden in unserer Versammlung heute Sonnabend, den 26. Oktober, im Vereinstokale "Zur Wälfeldweg" in Mannheim.
- Walden i. B.** Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im unteren Saale des "Schützenlozes", im Binger.
- Walden-Heubachberg.** Walden in unserer Versammlung Freitag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Reich, Wälfeldweg Straße.
- Waldenburg i. Schl.** Versammlung Sonntag, den 3. November, vormittags 9 1/2 Uhr, in der "Vorkauer Bierhalle".

